

**Initiativantrag**  
**der unterzeichneten Abgeordneten**  
**betreffend**  
**die Beendigung der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

**Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, auf europäischer Ebene dafür einzutreten, dass

- 1) die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei abgebrochen und stattdessen Verhandlungen über einen klaren und stark maßgeschneiderten Nachbarschaftsvertrag gestartet werden;
- 2) die von der Europäischen Union an die Türkei geleistete "Heranführungshilfe an die EU" in Milliardenhöhe überdacht und an die Entwicklungen in der Türkei angepasst wird;
- 3) das EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen, welches unter anderem die Aufhebung der Visumpflicht für türkische Staatsbürger, Milliarden-Subventionen und EU-Beitritt der Türkei beinhaltet, neu verhandelt wird.

**Begründung**

Die politischen Entwicklungen in der Türkei sind besorgniserregend und zeigen, dass sich die Türkei immer stärker von der Europäischen Union abwendet. Ein Land das über die Einführung der Todesstrafe per Referendum entscheidet ist kein Teil eines aufgeklärten, auf westlichen Werten basierenden Europas.

Die autokratische Entwicklung unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan in der Türkei und die offensichtliche Einschränkung der Menschenrechte in diesem islamistischen System ist für die unterzeichneten Abgeordneten untragbar. Obwohl ein Abbruch der Beitrittsverhandlungen oder zumindest das Einfrieren der Zahlungen unter dem Titel der „Heranführungshilfe an die EU“ geboten wäre, war ein einstimmiger Beschluss der zuständigen Minister aller Mitgliedstaaten bisher unrealistisch. Dafür soll Österreich nun eintreten.

Aus demokratiepolitischer und rechtsstaatlicher Sicht sind die Entwicklungen nach dem Putschversuch am 15./16. Juli 2016, der zu hunderten Toten und Verletzten, tausenden Verhaftungen, insbesondere beim Militär, und Überlegungen zur Wiedereinführung der Todesstrafe führten, sowie das demokratiegefährdende Referendum vom 16. April 2017 als äußerst problematisch anzusehen.

Wie die jüngsten medialen Entgleisungen und Drohungen zeigen, ist die Türkei unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan kein verlässlicher Partner für Österreich und Europa.

Linz, am 16. Mai 2017

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Mahr, Wall, Handlos, Pröllner, Ratt, Schießl, Bahn, Kroiß, Lackner, Fischer, Baldinger, Kattnigg, Binder, Povysil, Graf, Cramer, Gruber, Nerat**

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Hattmannsdorfer, Sigl, Hummer, Aichinger, Dörfel, Stanek, Manhal, Höckner, Frauscher, Langer-Weninger, Csar**